

Große Anfrage

der Fraktionen der SPD und FDP

Namibia

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welches Ziel verfolgt die Bundesregierung zusammen mit den vier anderen westlichen Sicherheitsratsmitgliedern Frankreich, Kanada, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten mit ihrer Namibia-Initiative und mit der Unterstützung der Beschlüsse der Generalversammlung und des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zur Entlassung Namibias in die Unabhängigkeit?
2. Sieht die Bundesregierung andere Möglichkeiten, um Namibia einen international akzeptablen Übergang in die Unabhängigkeit zu ermöglichen und einen Rassenkrieg zu verhindern?
3. Welche Schritte wird die Bundesregierung unternehmen, um im Rahmen der Beschlüsse des Sicherheitsrates und der Generalversammlung der Vereinten Nationen die Rechte aller Gruppen, darunter auch der weißen Minderheit, in einem freien und unabhängigen Namibia zu gewährleisten.
4. Ist die Bundesregierung bereit, einem unabhängigen Namibia bei seinem friedlichen Aufbau die notwendige Unterstützung zu gewähren?

Bonn, den 6. Oktober 1978

Wehner und Fraktion
Mischnick und Fraktion

Begründung umseitig

Begründung

Die Bundestagsfraktionen der SPD und FDP nehmen mit Besorgnis zur Kenntnis, daß die Beschlüsse der Generalversammlung und des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen bezüglich Namibia von der südafrikanischen Regierung noch immer nicht als Grundlage für die Entlassung des Landes in die Unabhängigkeit anerkannt werden. Sie sind überzeugt, daß durch eine Politik, die auf eine endgültige Ablehnung des Namibia-Planes hinaus läuft, eine Chance vertan würde. Dieser Plan könnte als Modell für die gewaltlose Bewältigung derartiger Konflikte dienen.

Die Bundestagsfraktionen der SPD und FDP befürchten, daß das Vorgehen der südafrikanischen Regierung den Namibia-Plan der fünf westlichen Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und damit die Bemühungen der Völkergemeinschaft um eine international akzeptierte Lösung für Namibia ernsthaft gefährdet und einen Rassenkrieg in Namibia mit allen seinen möglichen Auswirkungen über das südliche Afrika hinaus hervorrufen könnte.